

theologisch nicht leicht in den Griff zu bekommen, nachdem die Konzeption eines klar abgrenzbaren „Laienstandes“ mit einem spezifischen Apostolat und „Ort“ obsolet geworden ist. Auf der einen Seite wird die Frage nach dem Laien gleichbedeutend mit der Frage nach der Kirche überhaupt, ihrer Struktur und Sendung. Zum anderen fächert sich die „Laienfrage“ auf in die große Bandbreite von Möglichkeiten und Formen, in denen Christen ihrem Glauben in Kirche und Welt Gestalt geben und Zeugnis von ihm ablegen. Man dürfe, so „Lumière et vie“, nicht in den Fehler verfallen, Kirche und Welt als zwei Phänomene aufzufassen, über die man Bescheid wisse und die man dann miteinander vergleichen

oder einander entgegensetzen könne; es komme vielmehr darauf an, ihre gemeinsame Geschichte zu verfolgen, die ständig ihre Beziehung zueinander verändere. „Als Getaufte und Glaubende sind die Laien nicht ‚in der Kirche‘ wie die Truppe in einer Armee, sie sind nicht ‚in der Welt‘, als wenn diese das Feld ihres Apostolats wäre; sie sind auch nicht eine Brücke zwischen Kirche und Welt. Vielmehr sind sie ... die Kirche, die – soweit sie dazu in der Lage ist – die geschichtliche Menschheit aufnimmt, um sie in den Leib Christi umzugestalten, und sie sind die Welt, insofern diese auf den Ruf Christi, sich zu bekehren, antwortet“ (S. 2).

Ulrich Rub

Gorbatschows Abrüstungsinitiativen

Neue Sicherheitspolitik oder Taktik im Dienste einer alten Strategie?

Die neue sowjetische Entspannungs- und Abrüstungspolitik, der sich der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow verschrieben hat, ist vor allem in ihren Motiven nach wie vor umstritten. Welchen innen- und außenpolitischen Zielen dient sie? Was will die Sowjetunion und vor allem Gorbatschow selbst damit erreichen? Astrid von Borcke, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, versucht hier eine zusammenfassende Deutung, die sich vor allem auf mittelfristige, bereits in der Zeit vor Gorbatschow ansetzende innen-, partei- und militärpolitische Entwicklungen in der Sowjetunion stützt.

Eine Kette von Vorschlägen

Michael S. Gorbatschow, der im März 1985 sowjetischer Parteichef geworden ist, hat ein „neues Denken“ in der Sicherheitspolitik proklamiert und ist inzwischen mit einer spektakulären Serie von Abrüstungsvorschlägen an die Öffentlichkeit getreten:

- 7.4.1985: Ankündigung des Einfrierens der (bisher 441) SS-20-Mittelstreckenraketen;
- Ende Juli 1985: Proklamation eines Atomteststopps;
- 1.10.1985: erster INF- (Intermediate-range nuclear forces) Vorschlag: Reduktion der Mittelstreckenraketen in Europa um 50% in einem Jahre und ihre totale Abschaffung in 3 bis 5 Jahren;
- 15.1.1986: Aufruf zur Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000. Ebenso Abschaffung der chemischen Waffen;
- 18.4.1986: Vorschlag, die konventionellen Streitkräfte und Rüstung „vom Atlantik bis zum Ural“ zu reduzieren. Der Vorschlag wurde im folgenden Juni durch den Budapester Appell des Warschauer Paktes präzisiert. Ziel: bis 1990 eine Reduktion um 25%.

– Am 22.9.1986 konnte die KVAE (Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa) in Stockholm abgeschlossen werden, dank eines gewissen sowjetischen Einlenkens bei der Frage der vertrauensbildenden Maßnahmen, u.a. Einwilligung in Vor-Ort-Inspektionen.

– Auf dem Gipfeltreffen in Reykjavik vom 11./12.10.1986 erzielten Reagan und Gorbatschow grundsätzliche Einigung über eine INF-Null-Lösung für Europa sowie eine Annäherung in der Frage der strategischen Waffen, allerdings mit dem gravierenden Unterschied, daß Gorbatschow die Abschaffung aller Atomwaffen wünschte, Washington aber (im nachhinein?) nur von der Abschaffung der strategischen Raketen sprach, also die U-Boot- und Bomber-gestützten Systeme nicht einbezogen sehen will.

– SDI, zunächst der Grund für das Scheitern des Gipfels, wurde von sowjetischer Seite auch bald wieder konzilianter behandelt. Man begann die Möglichkeit einer großzügigen Auslegung der zugelassenen „Labor“-Tests anzudeuten, die allerdings nicht im Weltraum stattzufinden hätten.

– Am 14.11.1986 bestätigte die Sowjetunion den großangelegten Abbau ihrer Raketenstellungen in Nordeuropa.

– Am 5.12.1986 bekannte sich die sowjetische Regierung weiterhin zu SALT II, nachdem Reagan im Mai erklärt hatte, die USA fühlten sich an das – nie ratifizierte und angeblich von der Sowjetunion wiederholt verletzte – Abkommen nicht länger gebunden.

– Im Februar 1987 meldeten westliche Geheimdienste (AP, 25.2.1987), daß die Sowjetunion offenbar Teile ihres flächendeckenden Radarsystems abbaue, m.a.W., jener Installationen, die augenscheinlich gegen den ABM-Vertrag von 1972 gravierend verstießen. Inzwischen ließ

Moskau sogar eine erste Inspektion der berüchtigten Anlage von Krasnojarsk zu.

– Am 1.3.1987 erklärte Gorbatschow, die Sowjetunion sei im Falle eines INF-Abkommens auch bereit, ihre Kurzstreckenraketen aus der DDR und ČSSR abzuziehen.

– Mitte April sagte der Parteichef zum amerikanischen Außenminister *George P. Shultz*, die Sowjetunion werde auch auf ihre Kurzstreckenraketen in Europa verzichten, falls die NATO in diesem Bereich nicht nachrüste.

– Am 22.7. Eingehen auf die globale Doppelnulllösung bei Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite.

– Ende Juli legte die Sowjetunion einen neuen Vertragsentwurf über strategische Raketen vor und kündigte Schritte zur Festigung des ABM- (Anti-ballistic missile) Vertrags von 1972 an.

– Anfang August wurden von der Sowjetunion konkrete Maßnahmen zur Vernichtung ihrer biologischen und chemischen Waffen bekanntgegeben, und am 28.8. erklärte die *Pravda* die Verhandlungen in Genf zu dieser Problematik für so gut wie abgeschlossen.

– Am 8. August betonte die *Pravda* auch, daß „Glasnost“, die neue „Offenheit“, auf den – traditionell ultra-geheimen – militärischen Bereich ausgeweitet würde.

– Am 26.8. wurde Moskaus Bereitschaft bekundet, die Waffenlieferungen nach Mittelamerika und in die Karibik unter bestimmten Bedingungen einzustellen.

– Am 15.–17.9. ist das Treffen der Außenminister E. Schewardnadse und G. Shultz fällig, auf dem eine Entscheidung über ein Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Reagan erwartet wird.

Mit diesen Initiativen erwarb Gorbatschow sich große Popularität gerade in der Bundesrepublik und löste zugleich – in der Einschätzung so mancher Beobachter – die größte Krise in der NATO seit ihrer Gründung 1949 aus. So ist eine Diskussion entbrannt, wie Gorbatschows neue Sicherheitspolitik zu deuten sei. Ist es nur eine Taktik, die alte Strategie um so effektiver durchzusetzen: nämlich „Aufweichung“ des westlichen Bündnisses, Entnuklearisierung Westeuropas, das damit der zwei- bis dreifachen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes ausgesetzt würde, und schließlich Abkopplung Europas und speziell der Bundesrepublik von den USA? Oder gibt es womöglich doch neue und auch für den Westen positive Ansätze?

Die „Lehren“ der Ära Breshnew

Will man zu diesen Fragen ein fundiertes Urteil fällen – garantiert sichere Antworten sind naturgemäß nicht möglich –, so ist es angebracht, sich auf die Ära Breshnew (und noch weiter) zurückzubesinnen, aus denen die heutige Führung ihre Lehren zieht.

Seit Anfang der siebziger Jahre schien das Breshnew-Regime gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik eminent erfolgreich. Der SALT-I-Vertrag von 1972

erbrachte ihm die *amerikanische Anerkennung der strategischen Parität* und damit seiner neuen Supermachtsrolle, was die großen Anstrengungen der seit Chruschtschows Sturz (1964) systematisch forcierten Rüstungsmodernisierung zu rechtfertigen schien. 1975 wurde in Helsinki die Abschlußakte der ersten KSZE-Konferenz unterzeichnet, durch die die Sowjetunion sich auch völkerrechtliche Absicherung des durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen neuen Status quo in Osteuropa verschaffen wollte.

Dann aber begannen gegenläufige Tendenzen. Die sowjetische Überbetonung des militärischen Moments – praktisch die einzig reale Basis der neuen *Weltmachtrolle* – ebenso wie eine Renaissance „weltrevolutionärer“ Hoffnungen, die auf dem XXV. Parteitag von 1976 gipfelte, führten im Ausland zu Gegenreaktionen. Die Folge: die „Korrelation der Kräfte“, die sich (wie sowjetische Ideologen und Strategen so gern betonten) seit 1945 fast unaufhaltsam zu Moskaus Gunsten entwickelt zu haben schien, begann sich zuungunsten der UdSSR zu wandeln.

Angesichts der scheinbar unerbittlichen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion – mochte auch die *Zuwachsrate der Rüstungsausgaben* unter Verteidigungsminister *Dmitrij F. Ustinow* 1976–84 faktisch (wie die CIA später ihr Urteil revidierte) von ca. 4 bis 5% auf 2% im Jahre *reduziert* worden sein – begann ein durch das Vietnam-Trauma politisch in erheblichem Maße handlungsunfähiges Amerika zunehmend beunruhigt zu werden. Hinzu kamen die seit 1975 unverkennbar imperialistische Politik Moskaus in der Dritten Welt (Angola, Äthiopien, Süd-Jemen und schließlich die Intervention in Afghanistan Ende 1979). Bereits Präsident *Gerald Ford* erklärte die Entspannung für tot. Unter *Jimmy Carter* wurde auch die amerikanische Rüstung verstärkt und öffentlich ein neues „war fighting“-Potential der Strategie herausgestellt (PD 59, eine Presidential Directive, die für den Kriegsfall direkt die politische und militärische Führung der Sowjetunion zum Hauptziel erklärte). Am 4. 11. 1980 errang *Ronald Reagan* seinen spektakulären Wahlsieg. Reagan war bereit, die sowjetische Herausforderung im militärischen und ideologischen Bereich direkt anzunehmen. Sein neuer „Kreuzzugsgeist“ beunruhigte (und beeindruckte) die sowjetische Führung. Im März 1983 verkündete Reagan gar SDI, die „Strategic Defense Initiative“. Damit drohte Moskau ein *nicht gewinnbarer Wettlauf in der Hochtechnologie* mit u. a. noch gar nicht absehbaren möglichen Durchbrüchen auch in der konventionellen Waffentechnik (deren Bedeutung Generalstabschef *Nikolaj W. Ogarkow* nicht zufällig so betont hat); die amerikanische de-facto-Absage an die (rein defensive) Abschreckungsstrategie gab zu denken: sowjetische Militärs sprachen bereits von Erstschlagsvorbereitungen Washingtons. Zumindest schien die strategische Parität (und damit Moskaus neue Weltmachtrolle) bedroht.

Zugleich gab es seit Ende der siebziger Jahre eine „Minieiszeit“ in den Beziehungen zu dem in Wirklichkeit so

entspannungswilligen Westeuropa. Ab 1977 wurden die SS-20-Mittelstreckenraketen disloziert (zunächst offenbar ein primär technisch motivierter Schritt zur Ablösung der ca. 600 bedenklich veralteten SS-4- und -5-Raketen). Bis 1979 rang sich die NATO zu ihrem Doppelbeschluss durch, und im Dezember 1983 wurde die erste Phase der Nachrüstung abgeschlossen. Moskau sah nun eigenes Territorium gezielt durch die Pershing 2 und Cruise Missiles bedroht: eine der großen diplomatischen Niederlagen der Nachkriegszeit, die ganz entscheidend auf das Konto von Außenminister *Andrej A. Gromyko*, im Bunde mit militärischen Interessen, zu verbuchen war.

Bald wurden erste Stimmen laut, die *SS-20-Dislozierung* sei ein Fehler gewesen. Gorbatschow soll im Juli 1985 seine Militärs nach dem strategischen Sinn dieses Schritts gefragt und keine befriedigende Antwort erhalten haben (*Time*, 4.5.1987; vgl. *A. Bovins* analoge Äußerungen in *Moscow News*). Nach der Afghanistan-Intervention gab es Symptome internationaler Isolierung, wie Breshnew im Sommer 1980 selber zugab. Hinzu kamen wachsende Krisensymptome im eigenen Hegemonialbereich (1980 Gründung von *Solidarność* in Polen); ja das Bewußtsein einer Systemkrise auch in der Sowjetunion begann um sich zu greifen.

Auf diese bedenklichen Entwicklungen gab es eine doppelte und gegensätzliche Reaktion: Konservative Kreise, Militärs (allen voran Generalstabschef *Ogarkow*) und Ideologen sprachen von einer Vorkriegssituation und forderten eine Art Totalmobilmachung. Eine zweite Strömung aber, die sich schon Anfang der siebziger Jahre zu Wort gemeldet hatte, kritisierte die Überbetonung rein militärischer Macht und wollte die *Détente* revitalisieren (wofür auch Breshnew auf dem XXVI. Parteitag 1981 eintrat). *Jurij W. Andropow*, der KGB-Chef, war der eigentliche Hauptsprecher zugunsten dieses Kurses im Politbüro (*ursprünglich* zusammen mit Ministerpräsident *Aleksej M. Kossygin*). 1976, als in der Sowjetunion eine Anti-Koexistenz-Reaktion einsetzte, nannte Andropow das Wettrüsten ein „ziellooses Vergeuden von Ressourcen“ (*Pravda*, 23.4.1976) – im Lande der sakrosankten „Vaterlandsverteidigung“ eine geradezu häretische Äußerung. Er war der einzige im Politbüro, der sich nach dem Afghanistan-Abenteuer besorgt über die Zukunft der *Détente* äußerte (*Pravda*, 18.2.1980).

Das „neue Denken“

Kurz vor seinem Amtsantritt als Generalsekretär mahnte er: „Zugleich ging die Sowjetunion nie davon aus, daß allein militärische Macht und eine auf ihr basierende Politik den sicheren Frieden gewährleistet.“ (Genau das hatten Militärs, u. a. der frühere Verteidigungsminister Marschall *Andrej A. Gertschko*, durchblicken lassen.) Im Gegenteil, ein solcher Kurs führe zum Wettrüsten, zu Konfrontationen und schließlich zum Krieg (*Pravda*, 23.4.1982). Andropows „rechte Hand“ seit dem Sommer 1983 aber war Michail S. Gorbatschow, ebenfalls kein

„Mann des Militärs“ (im Gegensatz zu Breshnew). Ab 1985 konnte er den Kurs seines Protektors wieder aufnehmen.

Heute werden die neuen sicherheitspolitischen Initiativen Gorbatschows mit einem „neuen Denken“ begründet. Die Quintessenz dieser gewandelten Einstellung resümierte *Anatolij F. Dobrynin*, der neue Chef der Internationalen Abteilung des ZK und damit „Vordenker“ außenpolitischer Optionen, in einem Grundsatzartikel: „Von grundlegender Bedeutung ist die wechselseitige Abhängigkeit beim Überleben, die untrennbare Einheit der historischen Geschehnisse aller Staaten unseres Planeten angesichts eines möglichen Nuklearkonflikts. Diese gegenseitige Abhängigkeit gebietet ein qualitativ neues Herangehen an die Probleme der nationalen Sicherheit ...“ (*Kommunist*, 9/86, S. 26). Gorbatschow zog die letzten Konsequenzen hieraus: angesichts dieser Gegebenheiten hätten die „allgemein-menschlichen Interessen Vorrang vor den Aufgaben dieser oder jener Klasse“ (*Literaturnaja gazeta*, 22.10.86). Mit anderen Worten, die kommunistische Eschatologie ist fragwürdig geworden (wie schon Chruschtschow und zuvor Malenkov gesehen hatten). Mit der hierdurch bedingten Teilabsage an die Traditionen der „Bewegung“ (die die Parteivorratschaft legitimieren) ist eine Rückbesinnung auf *staatlich-rechtliche* Normen verbunden: der Ruf nach „zivilisierten, korrekten Normen in den internationalen Beziehungen“ (*Dobrynin* in: *Kommunist*, 9/86, S. 29) und allgemein die verstärkte Betonung des internationalen Rechts.

Auch die *Wiederentdeckung* des „gemeinsamen Hauses Europa“ gehört zum „neuen Denken“, und zwar Europa verstanden nicht nur als Gegengewicht gegen den geostrategischen Rivalen USA, sondern auch als „historisch-kulturelle Kategorie“, wie es Gorbatschow kürzlich formulierte (*Pravda*, 11.4.87), also offenbar als Quelle positiver Werte. Es ist bedeutsam, daß Gorbatschow schon 1984 den italienischen Kommunisten bescheinigte, in bezug auf Ziele und Methoden teile er ihre Ansichten völlig – Gesinnungsgleichheit also mit jener Partei, die bei der „*Europäisierung*“ des *Kommunismus* sowjetischer Provenienz am weitesten gegangen ist! Die Stoßrichtung seiner internen Reformen verweist in eben diese Richtung: Absage an die stalinistische Befehlswirtschaft; Entbürokratisierung, Entbindung der Gesellschaft; Freisetzen der individuellen Kreativität und Verantwortung; das Setzen auf den „Faktor Mensch“; ja Wiederentdeckung der „Würde“ der Persönlichkeit; kurz, die Betonung *ziviler* Prioritäten. Allerdings hat es bislang noch *keine weiterreichenden strukturellen Änderungen* in dem so entscheidend vom Stalinismus geprägten System gegeben. Immerhin, Gorbatschows Ruf nach modifizierten Wahlen auf dem Januar-Plenum zeigt, daß es ihm ernst ist.

Die vom „neuen Denken“ betonte Interdependenz und imperative *Kriegsverhinderung* sind nicht „bloße Propaganda“, sondern eine Auseinandersetzung mit einer

wirklichen Problematik. Das „neue Denken“ ist das Fazit aus einer bereits 1953 einsetzenden Evolution, die mit der Koexistenzvision von Sicherheitschef *Lawrentij P. Berija* begann (vgl. v. Borcke, KGB. Neuhausen-Stuttgart 1987), sich über Malenkows „neuen Kurs“ fortsetzte, in Chruschtschows Option für die Entspannung einmündete und auch von Breshnew Anfang der siebziger Jahre wieder aufgenommen wurde, als die Koexistenz zeitweilig geradezu zur „Norm“ der internationalen Beziehungen erklärt wurde. Diese Option war jedoch in erheblichem Maße von den eigenen, sowjetischen Sicherheitsapparaten aus organisatorischem Egoismus unterlaufen worden.

Absage an das ideologische Erbe?

Das „neue Denken“ hat denn auch bis heute mit großen Widerständen zu ringen. Es gibt „bittere Konflikte, scharfe Diskussionen und empfindliche Meinungsverschiedenheiten“, berichtete Dobrynin (*Kommunist*, 9/86, S. 25). Konservative Gegner benutzen die alte bürokratische Taktik, die neuen Ideen zu Formeln umzupolen, in deren Namen man die alten Prioritäten weiterverficht. Selbst Dobrynin, als Kissingers „backchannel“ bei den SALT-Verhandlungen einer der kenntnisreichsten „Insider“ in Sachen Sicherheitspolitik, bemerkte in seinem Artikel: „Das neue Denken heißt keinesfalls Abkehr von einer klassenmäßigen Analyse der Probleme von Krieg und Frieden“ (a. a. O., S. 31). Doch genau darauf läuft es in Wirklichkeit hinaus, wie ja Gorbatschow praktisch auch zugegeben hat.

Die Absage an die Traditionen der „Bewegung“ aber kann nur zu *Lasten der Partei* geschehen: kein Wunder, daß die Vorkämpfer der neuen Konzeptionen aus dem Bereich der Staatssicherheit kamen bzw. diese zumindest von Parteichefs erst dann unterstützt wurden, wenn diese sich von der einseitigen Abhängigkeit vom Parteiapparat gelöst hatten. Andropow sprach kaum noch von der „führenden Rolle“ der Partei. Gorbatschow ist auch nicht gerade ihr flammender Fürsprecher, so wenig er auf die Kooperation dieser Partei, der inzwischen verfassungsmäßig zum „leitenden Kern“ deklarierten Kraft des Systems, einfach verzichten kann: ein Dilemma, dessen Lösung an die Quadratur des Zirkels erinnern könnte. In der Sicherheitspolitik bedeutet das „neue Denken“ ferner die – bereits unter Chruschtschow angebahnte – Absage an die „Clausewitz-Formel“, m. a. W. das Verständnis vom großen Krieg, auch im Atomzeitalter, als Fortsetzung der Politik. Zeitweilig wurde die alte Orientierung vom XXIII. Parteitag 1967 mehr oder minder rehabilitiert, als stalinistische Kräfte in den Vordergrund traten.

Schließlich fordert das neue Bewußtsein „globaler“, also allein mit nationalstaatlichen Positionen nicht mehr zu meisternder Probleme – neben dem Überleben im Atomzeitalter Probleme der Umwelt, Ressourcenknappheit, Gesundheit usw. – auch eine neue internationale Koope-

ration. Kurz, das „neue Denken“ weist, wie *Fjodor Burlackij*, einer der prominenten Politikberater der Sowjetunion, der Generalsekretär Gorbatschow und vor ihm Andropow beraten hat, betont, in Richtung auf einen neuen „historischen Kompromiß“ auch in der Sicherheitspolitik.

Trotz aller konkreten Probleme, die mit dem „neuen Denken“ verknüpft sind, ist dies keine bloße Propaganda, so sehr die sicherheitspolitische Debatte heute in West und allmählich auch in Ost um die öffentliche Meinung wirbt. Ja, dieses Denken ist für die *stalinistischen Strukturen des Systems* potentiell geradezu destabilisierend – weshalb die sowjetischen Machtapparate jeder weiterreichenden Entspannung stets mit größten Bedenken gegenüberzustehen pflegten. Bezeichnend die Reaktion eines militärischen Befehlshabers: Das „neue Denken“ sei gut für den Gebrauch im Ausland, aber man solle damit nicht die eigenen Streitkräfte infizieren (vgl. *International Herald Tribune*, 30. 4. 87).

Doch eine quasi-machiavellistische Trennung von Außen- und Innenpolitik ist heute nur noch schwer möglich. Das zeigte das Scheitern der doppelgleisigen Koexistenzpolitik der Ära Breshnew, die Kooperation im staatlichen, jedoch anhaltenden Wettbewerb, ja „Krieg“ im „ideologisch“-„gesellschaftlichen“ Bereich versuchte. Andropow betonte daher, die Koexistenz sei nicht als bloße Atempause gedacht (als welche Lenin sie einmal konzipiert hatte). Gorbatschow setzt Andropows Option für eine Art „Ausweitung“ der Koexistenz heute fort: nicht nur „Glasnost“ im Innern, sondern auch Öffnung zur Außenwelt, Reorganisation des Außenhandels, Hoffnung auf Technologiekoooperation, Forderung nach einem konvertiblen Rubel, Dialog mit der öffentlichen Meinung des Auslands; Ansätze von Freizügigkeit. Gorbatschows neue Sicherheitspolitik wurde von weitreichenden *personalpolitischen Maßnahmen* begleitet, insbesondere im Bereich des unter Breshnew in seiner technokratisch-operativen Autonomie so erstarkten militärischen Oberbefehls.

Abbau des militärischen Einflusses

Auch diese Entwicklung begann schon früher. Andropow dehnte als Parteichef seine Disziplinikampagne vorsichtig auf die bis dahin sakrosankten Streitkräfte aus. Den eigentlichen Ausgangspunkt bildete jedoch die spektakuläre Versetzung von Generalstabschef Ogarkow im September 1984 unter Tschernenko. Die Umstände deuteten – entgegen so manchen westlichen Theorien – auf eine Degradierung, die womöglich von konservativen Kräften „aufgefangen“ wurde. Es hatte zunehmende Spannungen Ogarkows mit der politischen Führung gegeben. Zu den Streitpunkten gehörten u. a. Ogarkows Kritik an der Überinvestition in strategische Raketen, seine Forderung nach einer Modernisierung gerade auch der konventionellen Rüstung.

Anlässlich der Beerdigung Tschernenkos im März 1985 erlebte das Militär eine beispiellose *protokollarische Zurücksetzung*. Der neue Parteichef Gorbatschow bremste sehr schnell die von militärischen und konservativen Kräften hochgespielte Kampagne anlässlich des 40. Jahrestags des Siegs im Zweiten Weltkrieg, woraus man die größte patriotische Mobilisierung der Nachkriegszeit hatte machen wollen. In seiner Rede pries Gorbatschow zwar die Militärführer, stellte aber zugleich sehr vielsagend auch die Rolle der Partisanen und Untergrundkämpfer heraus (Kommunist, 8/85, S. 3ff.), also die Zuständigkeit der Staatssicherheit, der großen institutionellen Rivalin des Militärs. Der Kronprinz Andropows stützte sich ganz offenkundig auf die Hausmacht seines Protektors.

Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt hielt Gorbatschow am 11.7.1985 vor der obersten Militärführung in Minsk eine offenbar brisante, bis heute nicht veröffentlichte Rede. Dort mußte es um die neuen Prioritäten gegangen sein – und nicht zuletzt auch um das alte Dauerproblem: den *Anteil der Verteidigung am Gesamtbudget*. Schon Breshnew hatte Sparsamkeit gefordert, und dieser Gesichtspunkt wurde seitdem verstärkt betont (so wenig bis heute eine radikale Kürzung dieser Ausgaben möglich gewesen zu sein scheint). Gorbatschow selbst forderte inzwischen ein „vernünftiges Suffizienz“-Denken (Pravda, 11.4.87), was aber nur aufgrund einer *defensiven* Strategie möglich ist. Das sowjetische Militär hat traditionell auf Sieg in jedem denkbaren Krieg hingearbeitet, eine professionelle Ausrichtung, die die Anforderungen der „Verteidigung“ ins Grenzenlose auszuweiten drohte. Das sah schon Chruschtschow. Das neue Parteiprogramm vom Oktober 1985 hat denn auch den defensiven Charakter der sowjetischen Strategie betont. Strukturelle Konsequenzen scheinen aber noch nicht hieraus gezogen worden zu sein. Doch es mehrten sich Kritiken, daß die „Perestrojka“ der Streitkräfte zu langsam vor sich gehe.

Immerhin, Gorbatschows personalpolitische Entscheidungen erlauben doch *gewisse Schlüsse über seine militärpolitischen Absichten*. Prominenteste „Opfer“ seiner Umbesetzungen wurden folgende Männer:

Armeegeneral *Aleksej A. Jepischew*, 77 Jahre alt und offensichtlich krank, wurde im Juli 1985 von General *Aleksej D. Lisitschew* abgelöst, der bislang der Politischen Verwaltung der GSTD (Gruppe Sowjetischer Truppen in Deutschland) vorgestanden hatte. Jepischew, ein enger Verbündeter Breshnews und zunächst ein Protégé Chruschtschows, der 1951–53 zeitweilig Berijas Stellvertreter in der Staatssicherheit gewesen war, hatte als Leiter der Politischen Hauptverwaltung nach dem Sturz von Marschall *Georgij K. Shukow* 1957 die Streitkräfte einer erneut verschärften Parteikontrôle zu unterwerfen. Später spielte er eine Schlüsselrolle bei der Intervention in Prag 1968 sowie in Kabul 1979. Unter Breshnew profilierte er sich als Gegner jeder Liberalisierung.

Im Juli 1985 wurde auch der Oberbefehlshaber der Stra-

tegischen Raketenstreitkräfte, Marschall *Wladimir F. Tolubko*, 71, pensioniert. Tolubko war schon unter Andropow zurückgesetzt worden, als er im März 1983 – anders als seine Vorgänger auf diesem Posten – nur zum „Marschall der Artillerie“ (statt: „der Sowjetunion“) befördert wurde. Möglich, daß er sich in *Fragen der Rüstungskontrolle* zu wenig flexibel gezeigt hatte (vgl. seinen Artikel in Kommunist, 3/83, insbes. S. 59). Sein Nachfolger wurde *Jurij P. Maksimow*, von Andropow im Dezember 1982 zum General befördert, der seit 1978 dem Militärbezirk Turkestan vorgestanden hatte (zuständig u. a. für den Afghanistan-Krieg,) und zugleich Befehlshaber des südlichen Kriegsschauplatzes war. Mit dem äußerst fähigen Offizier der Landstreitkräfte (und nicht einmal der ursprünglich „zuständigen“ Artillerie) erhielt die „erste“ Waffengattung einen „Außenseiter“ zum Chef – wohl ganz wesentlich ein politischer Schachzug gegen allzu konservative bürokratische Interessen.

Es hat mittlerweile geradezu eine Art „kalte Säuberung“ des militärischen Oberbefehls gegeben. Abgelöst wurden seit Breshnews Tagen: der Verteidigungsminister (zweimal); der Generalstabschef; 8 von 11 stellvertretenden Verteidigungsministern, u. a. alle Befehlshaber der fünf Waffengattungen sowie die der vier Flotten; 13 von 20 Kommandeuren der Militärbezirke. Überalterung war ein Faktor. Doch entscheidend dürfte der resolute Drang der neuen Führung gewesen sein, den Primat der Politik auch gegenüber den „Technokraten der Gewalt“ verstärkt zu behaupten.

Die neue Diplomatie

Am 2. Juli 1985, kurz vor Gorbatschows Reise nach Minsk, wurde Außenminister *Gromyko* auf das Amt des Staatsoberhauptes „abgeschoben“ – eine Ehrenpensionierung und das Ende einer Ära. Mindestens ebenso überraschend wie dieser fast genial anmutende Coup war die Ernennung des Nachfolgers: *Eduard A. Schewardnadse*, bislang Parteichef von Georgien, vermutlich mit KGB-Beziehung, ein Mann von südlichem Charme, innovationsbereit und von großer persönlicher Courage. Diese Ernennung schien zu besagen, daß der Parteichef seine eigene Außenpolitik machen wollte und im übrigen einen guten „Verkäufer“ hierfür suchte. Schewardnadse kannte er seit Komsomoltagen im Kaukasus.

Im März 1986 wurde dem „Nicht-Experten“ Schewardnadse ein führender „Außenpolitiker“ und USA-Kenner zur Seite gestellt: *Anatolij F. Dobrynin*, seit 1962 Botschafter in Washington. Die Nominierung eines Berufsdiplomaten (mit gewissen Beziehungen zur Staatssicherheit unter Stalin) war ebenfalls eine ungewöhnliche Wahl für den Posten des Leiters der Internationalen Abteilung, die Nachfolgeorganisation der Komintern mit Zuständigkeit für die „Partei-Außenpolitik“ und „Weltrevolution“. Sein Vorgänger war der ehemalige Komintern-Mann und Suslow-Protégé *Boris N. Ponomarjow*. Die

Abteilung selbst, so hieß es, wurde zu einer Art National Security Council umorganisiert, der außenpolitische Optionen zu entwickeln habe (IHT, 11. 8. 86).

Vor dem „Aktiv“ des Außenministeriums erklärte Außenminister Schewardnadse die Stoßrichtung der neuen Außenpolitik und ihre Interdependenz mit der „Pestrojka“ kürzlich folgendermaßen (der Text wurde im neuen offiziellen Bulletin des Ministeriums vom 10. 9. 1987 veröffentlicht): „Heute ist die Zeit gekommen, die sowjetische Außenpolitik zu ‚ökonomisieren‘, denn solange sie nicht voll mit der Ökonomie koordiniert ist, kann sie der sowjetischen Binnenwirtschaft sowie der gesamten Gesellschaft nicht bei der Umgestaltung helfen, die andernfalls nicht imstande sein wird, gleichberechtigt am politischen Konkurrenzkampf um die Attraktivität ihres sozialpolitischen Entwicklungsmodells teilzunehmen.“

Das Außenministerium wurde modernisiert. U. a. wurde eine Abteilung für Rüstungskontrolle geschaffen. Besonders wichtig für die hier behandelte Problematik war die Ernennung von *Julij M. Woroncow* Anfang des Jahres (TASS, 13. 1. 87) zum neuen Chefunterhändler bei den Genfer Verhandlungen über strategische und Weltraumwaffen. Woroncow, früher Botschafter in Paris und Indien, der bei der ersten KSZE-Folgekonferenz in Belgrad die sowjetische Delegation geleitet hatte, ist offenbar ein enger Vertrauter Dobrynins. Im Mai 1986 war er Nachfolger von *Georgij M. Kornienko* als Erster Stellvertreter des Außenministers geworden mit Zuständigkeit für globale Politik und Rüstungskontrolle (Radio Liberty Research Bulletin, RL 274/86, S. 7). Sein Vorgänger, der Gromyko-Protégé *Wiktor M. Karpow*, hatte, wie der amerikanische Chefunterhändler *Max Kampelman* vermutete, wohl nicht (mehr?) genügend Einfluß. Er wurde nun Leiter der Abteilung für Abrüstung im Außenministerium. Mit Woroncows Ankunft in Genf begann das „Tauwetter“ in den Verhandlungen: wo sich die Amerikaner zuvor mit nahezu 90% Propaganda konfrontiert gesehen hatten, sank diese nun, wie die Amerikaner schätzten, auf bloße 5% (International Herald Tribune, 25. 6. 87). Kurz, auch im Bereich der Diplomatie gab es sehr konkrete Maßnahmen, um der neuen Sicherheitspolitik „Biß“ zu verleihen.

Gorbatschows Nulllösung

Gorbatschows Vorschläge bieten Zieldefinitionen und mögliche Verhandlungsrichtlinien: die konkreten Details wären erst noch auszuhandeln – ein Ansatz, der aber an sich politisch-diplomatisch durchaus normal ist. Will man ihren Ernst prüfen, ist das Hauptkriterium, inwiefern sie der Sowjetunion nützen und inwiefern sie diese auch etwas kosten.

Gorbatschows *SS-20-Initiative* und das Eintreten für die Nulllösung im Bereich der Mittelstreckenraketen kann als voll im sowjetischen militärisch-strategischen Interesse liegend gedeutet werden: nämlich als besagte Taktik, den

alten Kontinent für konventionelle Kriegsführung wieder „sicher“ zu machen. Immerhin, die Grundidee liegt im Doppelbeschluß der NATO begründet und wurde 1981 von Reagan formuliert. Gegen das Szenario der Kritiker sprechen einige Erwägungen (so wenig die NATO sich deshalb erlauben kann, in Selbstgefälligkeit zu verfallen): Für einen erfolgreichen Offensivkrieg schätzt die Sowjetunion, daß sie nicht eine 2-3fache, sondern eine 5fache und höhere Überlegenheit braucht, wobei allerdings das Überraschungsmoment zu ihren Gunsten genützt werden kann. Mehr noch, eine *Invasion Europas* wird vom Militär grundsätzlich *im Zusammenhang mit einem Weltkrieg* gesehen – also nicht etwa „aus dem Blauen“. „Abenteurerturn“, ja selbst Invasionen (darauf hat *George Kennan* schon nach dem Krieg verwiesen), sind nicht der bevorzugte sowjetische „Stil“. („Clausewitz“, also der Rückgriff auf militärische Macht zur Durchsetzung politischer Ziele, ist vom prominenten Sicherheitsexperten *Daniel Proektor* auch für Europa für „tot“ erklärt worden.) Es liegt also insofern in Gorbatschows politischem und im Grunde auch militärischem Interesse, wenn diese Waffenkategorie – die nur eine zusätzliche amerikanische Gegenbedrohung heraufbeschworen hatte – wieder aus der Welt geschafft wird.

Doch die Behauptung, dies sei ihm ein Leichtes, übersieht den *innenpolitischen Kontext* in der Sowjetunion. Schon Breshnew verkündete im Mai 1982 ein SS-20-Moratorium und konnte es offenbar nicht durchsetzen. Als sich dann Andropow im Dezember 1982 für eine Reduzierung dieser Raketen auf die Zahl der französischen und britischen Nuklearraketen einlassen wollte, erlebte er in der Pravda eine frappierende protokollarische Zurücksetzung (sein Name wurde in Leitartikeln betont weniger zitiert). Damals wurden die sowjetischen Unterhändler in Genf, so berichteten die Amerikaner, „as nasty as hell“ (International Herald Tribune, 6. 6. 83). Kurz, der sowjetische Generalstab sah „Übergriffe“ auf seine beste, modernste und teuerste Mittelstreckenrakete nicht mit Gleichmut; ja er schien zunächst lieber mit den Pershings leben zu wollen (die übrigens nicht bis Moskau reichen), als in dieser Frage einzulenken. Gorbatschows Nulllösung erforderte also politischen Mut.

Aus westlicher Sicht haben der amerikanischen Außenminister *George P. Shultz* und Befürworter der Nulllösung für die NATO geltend gemacht, auch wenn die amerikanischen Mittelstreckensysteme abgeschafft würden – wie im Doppelbeschluß versprochen –, blieben immer noch über 4000 taktische Nuklearwaffen und die „forward-based systems“; auf die INF-Raketen entfallen bloße 3% der heute in der Welt existierenden 50 000 Nuklearsprengköpfe. Allerdings sind die Pershings und Cruise Missiles besonders moderne und effektive Systeme, und die NATO verliert „Sprossen“ ihrer „Eskalationsleiter“ im Konfliktfall, womit die Schwelle zum großen Atomkrieg niedriger würde.

Aus westlicher strategischer Sicht ist kritisierbar, daß man die Rüstungsbegrenzungen mit den Mittelstrecken-

raketen begonnen hat – die der Westen ja gerade als Kompensation für mangelnde konventionelle Stärke eingesetzt hat: der Grund für die Notwendigkeit einer „erweiterten Abschreckung“. Doch die *konventionelle Problematik* – ein Bereich, in dem die NATO trotz aller Absichtserklärungen seit 1952 nicht nachgezogen hat und es auch künftig schwerlich vermag – ist die wohl vertrackteste Dimension der Rüstungskontrolle. Das beweisen die inzwischen 14 Jahre dauernden *MBFR-Verhandlungen*: Ausgewogene, die Krisenstabilität begünstigende Reduktionen sind angesichts der östlichen Überlegenheit, der Asymmetrien in den geostrategischen Ausgangspositionen, in den Militärdoktrinen und Bündnisstrukturen enorm schwierig. Immerhin, Gorbatschow hat kürzlich in Prag eingeräumt, daß es eine konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts gibt (Pravda, 11.4.87) – was unter Breshnew stets bestritten wurde. Damit aber erkennt er implizite die Notwendigkeit asymmetrischer Reduktionen an. Auch hat er sich für eine derartige Reduktion ausgesprochen, die einen Überraschungsangriff ausschließt.

Am 22. 7. 1987 ging die gegenwärtige Sowjetführung mit viel Publizität auf die globale Doppelnulllösung bei den Mittelstreckenraketen ein. Damit verzichtete es auch auf die restlichen 100 Sprengköpfe, die in Sowjetisch-Asien zu stationieren gewesen wären. Woroncow deutete diesen Schritt am nächsten Tag als „Festigung des Programms von Wladiwostok für Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum“. Mit einem Vertrag zur Abschaffung sowohl der Mittelstreckenraketen längerer (1000–5000 km) als auch kürzerer (500–1000 km) Reichweite war der Streit über den Stationierungsort der restlichen Raketen hinfällig: Verweise der Reagan-Administration auf Alaska – von wo solche Raketen Kamtschatka erreicht hätten – hatten womöglich auf das sowjetische Militär Druck ausgeübt. Auch die Verifizierungsproblematik wurde so sehr viel lösbarer: denn ein Restbestand von auch nur 33 SS-20, so hatten amerikanische Experten geschätzt, hätte die Aufklärungswirkung im Falle dieser hochmobilen Waffenkategorie um ca. 60% (!) reduziert. „Lautes Nachdenken“ in Washington über die Umwandlung abzuschaffender Waffensysteme (Standardpraxis nach Rüstungskontrollvereinbarungen) – also der Pershing 2 in die Pershing 1 B, der landgestützten in seegestützte Cruise Missiles – war ein weiteres Pressionsmoment. Denn mit den alten (ca. 600) SS-4 und auch den SS-20 wäre ein solcher Schritt nicht einfach nachvollziehbar.

Doch es gab Anzeichen für Widerstände. Die sowjetische Militärführung wollte offenbar gern ihre SCUD-Raketen (Reichweite 900 km) als funktionales Äquivalent der SS-20 behalten: ca. 60 dieser Waffen sind in der DDR und ČSSR stationiert. Karpow betonte noch am 4. 8., diese seien in keiner Weise mit den bundesdeutschen Pershing 1A-Raketen in Beziehung zu bringen. Auf diese westdeutschen Raketen hatten sowjetische Unterhändler plötzlich in der „elften Stunde“ (*M. Kampelman*) seit April 1987 in Genf verwiesen. Militärische Interessen

stellten nun die 1983/84 in der DDR und ČSSR zunächst angeblich als „Gegenmaßnahme“ gegen die NATO-Nachrüstung stationierten Raketen als Gegengewicht gegen eben diese Pershing 1A-Raketen Bonns hin – etwas ganz Neues. Bislang hatte man wenig Interesse an diesen Raketen gezeigt. War es Taktik, ein Abkommen zu unterlaufen, das seit Anfang Juni im Entwurf vorlag, und den widerstrebenden Bündnispartnern im Warschauer Pakt das ungeliebte „Teufelszeug“ (Honecker) schmackhaft zu machen? Karpow drohte gar, im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen zur Doppelnulllösung könnte die Sowjetunion der DDR und ČSSR ebenfalls „eigene“ Raketen zur Verfügung stellen (während man bislang für einen solchen Fall von der Beibehaltung des Status quo ausgegangen war).

Die Verzichtserklärung von Bundeskanzler Kohl am 26. August machte es unmöglich, Bonn als letztes Hindernis auf dem Weg zu einem INF-Abkommen hinzustellen. Gorbatschows „Fraktion“ begrüßte den Schritt: in der Pravda wurde sogar von einer „Sensation“ gesprochen, und die Bedingungen – Abschluß eines Abkommens, Lösung der Verifizierungsproblematik, Ratifizierung, Einhaltung der Fristen bei der Abschaffung der Waffen – erschienen Sprecher *Gerassimow* als völlig normal, gleichbedeutend eben mit einem wirklichen Abkommen. (Konservative wollten sie sofort aufbauschen.)

Die Symptome sprachen dafür, daß militärische und konservative Kreise im Grunde nicht nur gern ihre Raketen in Osteuropa behalten hätten – sondern auch die „disziplinierende Bedrohung“ aus dem Westen. Gorbatschow aber, der anders als Gromyko offenbar doch weniger auf Drohung als auf Kooperation und Einfluß setzen will, hat sich mit seinem neuen Denken für eine neue Militärdoktrin stark gemacht, die hinfort vor allem der *Kriegsverhinderung* schlechthin dienen soll – ein radikaler Bruch mit der sowjetischen Militärtradition.

Auch bei der konventionellen Rüstung und damit der so erdrückenden sowjetischen Überlegenheit bei den taktischen Raketen ist Konzessionsbereitschaft bekundet worden. Allerdings wird betont, diese zumeist sowohl nuklear als auch konventionell einsetzbaren Waffen seien im Rahmen von Verhandlungen über Reduktion der *konventionellen* Streitkräfte und Rüstung vom „Atlantik bis zum Ural“ zu diskutieren – wie seit Juni 1986 von der Sowjetunion vorgeschlagen. Auch in dieser Frage wird im Zuge der neuen „Glasnostj“ Druck auf militärische Interessen ausgeübt.

Zum Teil an westliche Vorschläge angeknüpft

Im Bereich der *Interkontinentalraketen* gibt es ein deutliches Interesse beider Supermächte, das strategische Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene zu stabilisieren. Seit den START-Verhandlungen haben auch die Vertreter des sowjetischen Generalstabs (im Gegensatz zu Gromykos Außenministerium) eine solche Rüstungs-

kontrolle begünstigt. Drohende Proliferation ebenso wie zunehmende Abhängigkeit von Computern und damit die wachsende Gefahr kybernetischer Fehlleistungen aufgrund vorprogrammierter Reaktionen in komplexen Krisensituationen beunruhigen mittlerweile die sowjetische Führung ernstlich – gar nicht zu sprechen von menschlichem oder technischem Versagen, wofür Tschernobyl eine Warnung ist (vgl. Gorbatschows Unterredung mit *Margaret Thatcher*, Pravda, 31.3.87, und Pravda, 19.5.87). Im übrigen hat das sowjetische Militär seine strategischen Raketen von vornherein ganz wesentlich als „Gegenabschreckung“ verstanden, die inzwischen weniger als einsetzbare Waffen dienen dürften als vielmehr als *strategisch-psychologisches Mittel* zur Ausschaltung der amerikanischen strategischen Macht (womit aber auch regionale Konflikte, insbesondere außerhalb der Bündnisysteme, „isolierbar“ werden!).

Aus amerikanischer Sicht wiederum sind die Interkontinentalraketen die vordringliche, ihre Existenz gefährdende und insofern historisch neuartige Gefahr (vgl. M. Safire, *International Herald Tribune*, 24.6.87). So hat sich sogar ein führender „Falke“, der (inzwischen ausgeschiedene) Staatssekretär im Pentagon, *Richard Perle*, für einen stufenweisen Abbau ausgesprochen, der „zu großem Maße den destabilisierenden Schatten, den diese Waffenkategorie wirft, die besonders für einen offensiven Vorstoß geeignet ist, verringern“ würde (*Europäische Wehrkunde*, 3, 87, S. 156). Die Frage eines *Teststopps* war seit Reykjavik in den Hintergrund getreten. Seit dem Juni 1986 gibt es sowjetisch-amerikanische Expertengespräche, und diese Problematik wurde inzwischen wieder von Moskau betont. Das Pentagon hat die Notwendigkeit von Tests betont, da die der Abschreckung dienenden Raketen chemischen Zerfallsprozessen unterliegen und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit kontinuierlich überprüft werden müssen. Erst recht sind für SDI Tests nötig. *Andrej Sacharow* wiederum betonte kürzlich, daß heute Atomtests in erheblichem Maße simuliert werden könnten (*Time*, 16.3.87, S. 17).

Bedeutsam könnte Gorbatschows Einlenken bei den *chemischen Waffen* sein – wohl nicht zuletzt angesichts der amerikanischen Entscheidung, binäre Waffen zu produzieren. Die Sowjetunion ist schließlich Besitzerin eines Quasi-Monopols an C-Waffen. Allerdings wirft Rüstungskontrolle in diesem Bereich für die „offenen“ Gesellschaften des Westens im Verhältnis zu der immer noch weitgehend „geschlossenen“ Sowjetunion besondere *Verifizierungsprobleme* auf. Das Einlenken bei *vertrauensbildenden Maßnahmen* von sowjetischer Seite war zumindest psychologisch bedeutsam. Bislang pflegte die Sowjetunion alle Vor-Ort-Inspektionen als Spionageversuche zurückzuweisen. Doch die Einschränkung des Generalstabschefs, daß militärische Sperrgebiete ausgeschlossen seien, relativierte sogleich wieder diesen Schritt.

Insgesamt ist aber zu bedenken, daß Gorbatschow im Grunde an *westliche* Vorschläge anknüpft: Reagan hatte

sich schon 1981 für eine INF-Null-Lösung ausgesprochen; ja sie war im NATO-Doppelbeschluß von 1979 impliziert. In der Frage der Abschaffung der Atomwaffen treffen sich ebenfalls die Geister des amerikanischen und sowjetischen Führers. So muß man, ungeachtet aller nur zu begründeten Caveats, im Grunde doch wohl der Einschätzung der WEU-Versammlung vom Dezember 1986 beipflichten, die zu dem Schluß gelangte, „daß seit dem 15. Januar 1986 die höchsten sowjetischen Behörden eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht haben, die es erlauben würden, sinnvolle Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen zu beginnen“ (*Europa-Archiv* 3/87, S. D71). Natürlich müssen Details in Expertenverhandlungen ausgehandelt werden. Doch es spricht vieles für die Aufforderung von Außenminister *Hans-Dietrich Genscher*, den sowjetischen Abrüstungswillen nun auf die praktische Probe zu stellen.

Chancen eines „historischen“ Kompromisses

Die Stoßrichtung der Gorbatschow-Reformen scheint seiner Beteuerung, die Sowjetunion brauche den Frieden, recht zu geben. Statt auf militärische Macht möchte der neue Parteichef mehr auf „Ausstrahlung“, auf Autorität (*Kommunist*, 8/85, S. 12) setzen und hofft gar, Moskau wieder zum Zentrum aller „progressiven“ Kräfte zu machen (vgl. *Le Monde*, 21.5.87). Bedenkt man seinen „Appeal“, könnte er hierbei durchaus Erfolg haben, so wenig klar sein mag, ob das als überzeugende Grundlage der sowjetischen Weltmachtrolle in Zukunft ausreicht. Kein „Militarist“ würde jedenfalls mit Gorbatschow, *Nicolae Ceacescus* Initiative, jährlich die Militärausgaben um 50% zu verringern, als „hilfreich und wertvoll“ hinstellen (*Spiegel*, 23/87, S. 111). Die *Betonung „vernünftiger Suffizienz“ bei einer Defensiv-Strategie* weist in die gleiche Richtung. Allerdings hat es bislang keine Radikalumstrukturierung in den sowjetischen Streitkräften gegeben. (Dafür ist Gorbatschow womöglich auch noch nicht lange genug im Amt.)

Bis heute ist natürlich nicht sicher, ob sich Gorbatschow durchsetzen kann bzw. wie weit er an einer „idealtypischen“ Liberalisierung des Systems festhalten wird. Es bleibt das warnende Beispiel von Chruschtschows Sturz und das offenkundige Unterlaufen der Breshnewschen Koexistenzpolitik durch die eigenen Sicherheitsapparate und konservative Kräfte. Man sollte von Gorbatschows Initiativen selbst im Falle eines Erfolgs kein „goldenes Zeitalter“ erwarten; doch es wäre politische Verantwortungsscheu, sie einfach als Propaganda abzutun. Gerade Europa hat jedes Interesse, daß der „Wettbewerb“ der Systeme nicht in erster Linie im militärischen Bereich stattfindet.

Auch ist das „neue Denken“ selbst im Grunde Ergebnis einer bereits über Jahre andauernden allmählichen Anpassung der sowjetischen Sicherheitspolitik an Sichtwei-

sen, die zunächst im *Westen* entwickelt worden sind. So wenig man verständlicherweise an die „existentiellen Dilemmata“ der Abschreckung rühren mag, so sehr ist es vielleicht auch im Westen heute an der Zeit zu fragen, ob dies wirklich die beste aller möglichen Welten ist.

Wie dem auch sei, Gorbatschow, der wie *Deng Xiaoping* „von den Fakten“ ausgeht, hat zumindest neue Denkprozesse ausgelöst und eine Diskussion, auch im Westen, in Gang gesetzt. Überdenkt man dabei alle Tatsachen, ist es sogar möglich, daß er damit letztlich einem *neuen sicherheitspolitischen Konsens* in den westlichen Demokratien zum Durchbruch verhilft – wie die faktische Wiederentdeckung der Bedeutung einer vielerorts so angefochte-

nen nötigen „Minimalabschreckung“ zeigt. Auf jeden Fall wird sich der Westen nun klarer darüber werden müssen, was er von der Sowjetunion vernünftigerweise verlangen soll und kann – m. a. W. über eine neue politische Strategie, eine Problematik, die seit der Enttäuschung mit der ersten, von *Richard Nixon* und *Henry Kissinger* initiierten Entspannung, lange Zeit bewußt nicht mehr diskutiert worden ist. Heute gibt es also zumindest Chancen eines „historischen Kompromisses“ in der Sicherheitspolitik, und das vielleicht gar in einem Maße, das womöglich noch über die Ansätze vom Beginn der 70er Jahre, dem Höhepunkt der „Détente“, hinausgeht.

Astrid von Borcke

Kurzinformationen

Kardinal Joseph Höffner richtete ein Abschiedshirtenwort an die Gläubigen der Erzdiözese Köln.

Anlaß dazu waren sein silbernes Bischofsjubiläum und sein Rücktritt vom Amt des Erzbischofs von Köln. Der Papst hatte das Rücktrittsgesuch Höffners mit Wirkung vom 14. September angenommen. Im Mittelpunkt dieses Hirtenbriefes steht ein Aufruf Höffners zur Treue gegenüber der Kirche und ihrer Lehre. Es sei unmöglich – so Höffner – zu Christus ja zu sagen und gegen die Kirche ein Nein zu setzen. Die Kirche sei zwar nichts ohne Christus, aber man finde Christus nur in der Kirche und nicht an ihr vorbei. Christus habe seiner Kirche den Heiligen Geist verheißen, damit durch dessen Wirken das Heilswort des Glaubens unverkürzt und unverfälscht bewahrt und weitergegeben werde. Ein Glauben, der sich in Vieldeutigkeit auflöse, wäre nicht mehr der Glaube der Kirche. Die Kirche bleibe von außen und von innen angefochten. Wie Christus stoße sie auf Widerspruch. Demütigender und bedrängender als dieser Widerspruch sei es, daß das Böse auch in das Innere der Kirche eindringe. Die Kirche sei keine Elite-Kirche ohne Fehl und Makel, sondern die Kirche der Sünder. „Wäre die Kirche nur eine geschichtliche Erscheinung, hätten wir Christen, vor allem die Bischöfe und Priester, sie längst zugrunde gerichtet.“

Der Apostolische Stuhl wies einen Antrag der Franziskaner auf Änderung der Ordenskonstitution ab.

Das Generalkapitel der Franziskaner von 1985 (vgl. HK, August 1985, 351 ff.) hatte sich dafür eingesetzt, *Brüdern* einen gleichberechtigten Zugang zu Leitungsämtern des Ordens zu eröffnen. Dazu wäre es notwendig gewesen, den Charakter des Ordens als Klerikerorden abzuschwächen. In Can. 588 § 1 weist das neue Kirchenrecht zwar darauf hin, daß der Stand des geweihten Lebens von seiner Natur her „weder klerikal noch laikal“ sei, kennt dann aber nur Institute, die entweder *klerikal* (§ 2) oder

laikal (§ 3) sind. Kirchenrechtlich geht es dabei um die Frage, ob und in welchem Ausmaß Laien in einem Klerikerorden Leitungsgewalt ausüben dürfen. In der am 2. August bekanntgemachten und im September in Kraft getretenen neuen Ordenssatzung wird der Franziskanerorden wie bisher als „klerikales Institut“ bezeichnet. In einem Brief an den Generalminister der Franziskaner, den US-Amerikaner *John Vaughn*, wies die vatikanische Kongregation für die Orden und Säkularinstitute ausdrücklich darauf hin, daß man in dieser Frage an den rechtlichen Status quo gebunden sei. Was den Franziskaner-Orden aber nicht daran hindere, in dieser Angelegenheit weitere Untersuchungen vorzunehmen. Im vergangenen Jahr hatte die Kongregation selbst eine Studie zur Stellung der Brüder in Auftrag gegeben (vgl. HK, März 1986, 152).

Die Auseinandersetzungen in Frankreich um den schulfreien Mittwoch in Grundschulen nehmen deutlich an Schärfe zu.

Seit Jahren bestehen Bestrebungen des französischen Staates, die Unterrichtsstunden des Samstag auf den traditionell unterrichtsfrei gehaltenen Mittwoch zu verlegen, um den Familien auf diese Weise ein längeres Wochenende zu ermöglichen. Bis heute ist der Mittwoch der bevorzugte Tag für die Katechese, die wegen der in Frankreich geltenden strikten Trennung von Staat und Kirche außerhalb des Schulunterrichts abgehalten werden muß. Die Kirche fürchtet bei einer generellen Verlegung der Schulstunden vom Samstag auf den Mittwoch, daß die äußeren Bedingungen zur Erteilung der Katechese sich dadurch erheblich verschlechtern. Die Bischöfe von Bourges und Angoulême, *Plateau* und *Rol*, schalteten inzwischen Verwaltungsgerichte in Orléans und Poitiers ein, um auf diesem Wege Entscheidungen von Schulrektoren zugunsten des schulfreien Samstags annullieren zu lassen. Der Pariser Erzbischof Kardinal